

Die Arbeiter haben nichts zu verlieren als ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen!

V. b. b.

# Der Mahnruf

Im Abonnement 12 Groschen

Kampfblatt der Werktätigen

Im Straßenverkauf 15 Groschen.

Erscheint wöchentlich

Vierteljahrsabonnement S 1.40

Erscheint wöchentlich

Verwaltung und Redaktion: Elisabethnergasse Nr. 20. — Spreschstunden von 9 bis 12 Uhr vormittags und von 6 bis 7 Uhr abends.

Nummer 29

Graz, Juli 1928

2. Jahrgang

## Ein Rückzug der Polizei.

Nach erfolgter Anmeldung der Gedenkfundgebung für die Opfer des 15. Juli erhielt die Partei von der Polizeidirektion folgenden Bescheid:

Polizeidirektion Graz.

Graz, am 11. Juli 1928.

### BESCHIED.

An die  
Kommunistische Partei Österreichs (Opposition)  
zu Händen des Herrn Albert Wagner  
in

Graz, Neubaugasse 56.

Sie haben mit einer bei der Polizeidirektion am 11. d. überreichten Eingabe für Samstag den 14. 7. 1928, um 19 Uhr 30, die Abhaltung einer öffentlichen Versammlung in den „Sandwirtsälen“ mit der Tagesordnung: „Gedenkfundgebung für die Opfer des 15. Juli 1927“ angezeigt.

Diese Versammlung wird hiemit im Sinne des § 6 des Vers.-Ges. vom 15. 11. 1867, R.-G.-Bl. 135, untersagt, weil ihre Abhaltung die öffentliche Sicherheit und das öffentliche Wohl gefährdet. Diese Verfügung ist darin begründet, daß auch Versammlungen gegnerischer Organisationen angemeldet worden sind und daher Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu erwarten wären.

Gegen diesen Bescheid kann gemäß § 63 A. V.-G. binnen zwei Wochen nach Zustellung bei der Polizeidirektion Berufung eingebracht werden, aufschiebende Wirkung jedoch gemäß § 64, Absatz 2, A. V.-G. im Interesse des öffentlichen Wohles wegen Gefahr im Verzuge ausgeschlossen wird.

Der Polizeidirektor: Kunz.

Within war also die Kundgebung verboten. Die Bezirksleitung beschloß darauf, eine Deputation zum sozialdem. Landesregierungsmitglied Oberzaucher zu entsenden, die Aufhebung des Verbotes zu fordern und bei aufrechtleibendem Verbot auf offener Straße trotz und gegen die Polizei zu den Versammelten zu sprechen, bis der Redner durch Polizeigewalt am Sprechen verhindert wird. Die Polizei hat nun den Rückzug angetreten. Die Sozialdemokratische Partei tat klug, sich nicht mit dem Polizeiverbot zu solidarifizieren und die Hörer der Polizei werden der Polizeidirektion berichtet haben, daß wir nicht gewillt sind, uns dem Verbot zu fügen. Freitag den 13. Juli, um 9 Uhr vormittags, hat die Polizeidirektion das Verbot zurückgezogen.

## Ab November will Gehpel den Mietzins steigern.

Die Regierung hat am 12. Juli dem Nationalrat das neue Mietengesetz unterbreitet. In zwölf Etappen sollen die Mietzinssteigerungen durchgeführt werden. Die erste Steigerung ist für November angelegt. Jetzt, Proletarier, müßt ihr euch zu Kampf und Abwehrmaßnahmen vorbereiten!

## Mobile, der Repräsentant des Faschismus.

Der Ingenieur der „Italia“, Ceccioni, der sich bei der Diktator-Gruppe auf der Eisbühne befand, ist seinen Verletzungen erlegen. Der Tod trat bereits vor der Rettung Lundsbergs ein. In Spitzbergen wird die Meinung vertreten, daß Ceccioni hätte gerettet werden können, wenn man ihn und nicht Mobile zuerst von der Eisbühne geholt haben würde.

Zwei weitere Teilnehmer der Mobile-Expedition, die sich ebenfalls noch auf der Eisbühne befinden,

sind schwer erkrankt. Nur der Junker Diagi ist noch einigermaßen widerstandsfähig, trotzdem er bis zum Stelett abgemagert ist.

**Letzte Nachricht.** Der Eisbrecher Krassin, der von Sowjetrußland zur Rettung ausgesandt wurde, hat die von Mobile in Stich gelassene Expedition, Gruppe Malmgren und Biglieri, aufgefunden. — Dr. Malmgren ist ertrunken.

## Sie suchen Hilfe gegen die Faschisten — bei Faschisten.

Sonntag, den 8. Juli hielten Heimwehfaschisten bei ihrer Tagung in Mariatrost Scharfschießungen ab und gefährdeten die Ausflügler. — Am 9. Juli marschierten 30 Heimwehfaschisten vor das Haus Heinrichstraße 137, in der Abicht, den dort wohnenden Arbeiter Sidlo, der Schugbundsaktionär ist, zu überfallen. Der „Arbeiterwillk.“ appelliert an die Gendarmerie, Polizei und Staatsanwaltschaft um Hilfe, anstatt die Arbeiter zu rufen, damit diese die Faschistenhunde nicht erbrügeln.

## Es kommt der Tag . . . .

Am 14. Juli 1927, nachts, wurde das Urteil der Geschworenen im Schallendorfer Prozeß bekannt. Die schamlose, tagelange Heße der reaktionären Presse für den Freispruch, hatte ihre Wirkung nicht verfehlt. Die Mörder wurden freigesprochen. Da erhoben sich die Wiener Arbeiter in den Morgen- und Mittagsstunden des 15. Juli. Ihnen, die in überwältigender Mehrheit stets den Parolen der SP gefolgt waren, ihnen, die in tiefstem Elend mitten in einer Zeit des Hungers der Arbeiter und der schamlosesten Korruption und Bereicherung der Bourgeoisie noch immer an ihre Republik, ihre Demokratie, an die Gerechtigkeit geklopft hatten, diesen zur Passivität, Friedfertigkeit, Demut und Bescheidenheit erzogenen Arbeitern, fielen für einige Stunden die Schuppen von den Augen. In dem Freispruch der Arbeitermörder erkannten sie den Klassencharakter dieser Bourgeoisierpublik, erkannten sie den wahren Charakter dieser Justiz als eine Klassenjustiz gegen das Proletariat.

Unbewaffnet, unorganisiert, führten sie aus den Betrieben auf die Ringstraße, führten sie, nur erfüllt von revolutionärer Leidenschaft, so führten sie den Justizpalast, das Symbol dieser Justiz, wie einst im Juli 1789 das Pariser Proletariat die Bastille, das Hauptgefängnis, erstürmte.

Die Bourgeoisie erzitterte unter diesem Ansturm der Massen. Aber nach den ersten, angewollten Stunden erkannte sie, daß sie an dieser führerlosen, von der SP verlassenen Masse, ein Exempel statuieren könne, wie es kein Zweites in der österreichischen Geschichte gibt. Mit jeder Minute, die die SP damit verbrachte, sich dem Ansturm der Massen entgegenzustellen, den Zug neuer Massen zu verhindern, schwellen der Blut der Bourgeoisie. Ihre bewaffneten Schergen säuberten mit Dum-Dum-Geschossen die Straße. An diesem Tage floß endlich das Blut, das die Bourgeoisie brauchte, um die Sprünge in ihrem Herrschaftsapparat zu verkleinern. 100 Arbeiter wurden zu Blutzengen dafür, daß alle Hoffnungen der Massen, mit den Mitteln der Demokratie zu siegen, Utopien, jüchtrliche Illusionen sind. Mit diesem Blutbad und der Kapitulation der SP vor der bewaffneten Reaktion hat eine neue Entwicklung begonnen: die Faschisierung des Staates, der Übergang von der bürgerlichen Demokratie zu offener Gewalt. Von der „Etablierung“ der Polizei durch Schuber bis zum Földenberger Streik, ist eine kühnste Kette von Ereignissen, die alle auf dieser Linie liegen: Offene Gewaltanwendung der Bourgeoisie und offene kampflöse Kapitulation der SP-Führung.

Müßte die Erhebung des 15. Juli zwanzigjährig zu dieser Entwicklung führen? Krimsweg. Wenn eine wirkliche, aktionsfähige komm. Partei die Initiative ergriffen hätte, so wäre die Erhebung nicht nach einem Tage durch das Zusammenwirken von Regierung und SP erdrückt worden. Es wäre möglich gewesen, breite Massen in den Kampf einzube-

ziehen, die Bewaffnung des Proletariats zu verwirklichen, in anwachsenden, revolutionären Massen kämpfen den Kampf für die Schaffung von Räten, für die proletarische Diktatur aufzunehmen. Aber das setzt voraus, daß die komm. Partei für solche Kämpfe vorbereitet ist. Und eben das war die Partei unter der Führung des opportunistischen J. R. nicht. Uns linken Kommunisten aber, die seit dem Schattendorfer Mord und seit dem Überfall auf das Arsenal den blutigen Staatsstreik der Bourgeoisie unausdrücklich signalisierten, uns, die wir deswegen als „Kritiker um jeden Preis“ aus der Partei ausgeschlossen wurden, uns gaben die Ereignisse politisch Recht. Die Spaltung der Partei erwies sich nicht nur als ein Verbrechen an der Partei, sondern auch am gesamten Proletariat.

Da eine revolutionäre, richtungweisende Partei fehlte, endete der 15. Juli mit einer schweren Niederlage der Arbeiterklasse.

Ungerecht und ungeführt sind unsere toten Genossen. Unter ihnen, einer unserer Besten, der linke Kommunist **Rudolf Jugos**, ehemaliger politischer Kommissar in der ungarischen roten Armee, ein glühender Anhänger der internationalen, leninistischen Opposition.

Das revolutionäre Proletariat in Österreich gedenkt heute seiner Märtyrer, seiner gefallenen Brüder. Nicht mit großen Worten, nicht in großen Versammlungen. Mit zusammengebissenen Zähnen, voller Mut und Schmerz gedenkt es ihrer. Und es weiß: In der tausendfältigen, mühevollen Kleinarbeit im Dienste der proletarischen Revolution schafft es die Voraussetzung für die große Veranlung für kommende Zeiten, von denen es im Riede heißt: Es kommt der Tag, da wir uns rächen . . .

### Das Weltproletariat und die Kriegsgefahr.

(Schluß.)

Die rechten Kommunisten, mit Stalin und Bucharin an der Spitze, haben bereits im Jahre 1922 ihre Meinung abgegeben, welche Taktik Sowjetrußland im Falle eines Krieges einzuschlagen habe. Auf dem 4. Weltkongreß führte Bucharin in seiner Rede zum Programmwurf aus: „Dürfen die proletarischen Staaten, von den Zweckmäßigkeiten der Strategie des Gesamtproletariats ausgehend, militärische Blöcke mit den bürgerlichen Staaten bilden? Es gibt hier keinen prinzipiellen Unterschied zwischen einer Anleihe und einem militärischen Bündnis . . .“

Bei dieser Form der Landesverteidigung, des militärischen Bündnisses mit bürgerlichen Staaten, ist es die Pflicht der Genossen eines solchen Landes, diesem Block zum Siege zu verhelfen.“ (Materialien zur Frage des Programmes der Komintern, S. 116.)

Wohin muß eine solche Politik führen? Man stelle sich vor: In einem Krieg zwischen Amerika und Japan, der sich in Europa auswirkt, zu einem Krieg zwischen Frankreich und England, eröffnet Polen, von England vorgeschickt, den Krieg gegen Rußland. Sowjetrußland verbündet sich darauf mit Frankreich und Japan und fordert die Arbeiter und Bauern dieser Länder auf, ihre Pflicht zu tun, „diesem Block zum Siege zu verhelfen“.

Durch das Hintertreten Sowjetrußlands wird also der imperialistische Block Japan-Frankreich revolutionär? Die Bourgeoisie dieser Länder muß mit aller Kraft unterstützt werden? Die Folge einer solchen antirevolutionären, extrem-opportunistischen Politik wäre: die Bourgeoisie des anderen Blocks, Amerikas und Englands, würde, scheinbar mit Recht, ihrer Arbeiterklasse sagen: Was wollt ihr von uns, ihr die Kavalititen von Frankreich und Japan besser als wir? Helf! uns, so wie es die Arbeiter dieser Länder tun. Und würde ein Kommunist, nein, kein Kommunist sondern ein Jögling Bucharins, antworten: dieser Block ist revolutionär, denn er hilft Sowjetrußland — dann würden ihm die großen Massen der Arbeiterklasse antworten: Als

Sowjetrußland 1919—20 schwach und machtlos war, betriegt vom Weltimperialismus, da hat es keinen Block geschlossen, sondern an die Arbeiterklasse der Welt appelliert und nicht zuletzt die internationale Solidarität war es, die die Intervention zum Scheitern brachte. Und die klassenbewußtesten Arbeiter aller Länder würden, trotz aller Stalins und Bucharins, ihre revolutionäre Pflicht tun, dem Krieg in den Bürgerkrieg überzuführen.

Aber es würde dem Stalinischen Opportunismus zweifellos gelingen, einen Teil der Arbeiterklasse der verbündeten Länder an den Kriegswagen ihrer Bourgeoisie zu fetten und es dadurch dem „feindlichen“ Block ermöglichend, auch große Massen seiner Arbeiter zu versenken. Diese Taktik des Stalinismus ist nicht nur extrem-opportunistisch, sie liquidiert nicht nur die Weltrevolution, sondern sogar die Idee der internationalen, sozialen Revolution. Diese Taktik würde letzten Endes auch dem Sowjetstaat selbst verderblich werden, dem selbst im Falle des Sieges das Schicksal Bulgariens im zweiten Balkankrieg droht: der Überfall der siegreichen Verbündeten.

Eine solche Taktik muß das revolutionäre Proletariat der ganzen Welt und vor allem Sowjetrußlands ablehnen. Wird Sowjetrußland angegriffen, dann hat es zwei Verbündete von gewaltiger, erprobter Kampfkraft: das Proletariat im Westen, die unterdrückten Nationen im Osten. Für die Arbeiterklasse aller Länder aber gilt es, im Kriege die Waffen gegen die Bourgeoisie zu kehren. Das die Arbeiter zu kehren, ist die Aufgabe der Kommunisten.

Ein Regime, das eine solche Politik im Innern und nach außen macht wie das Stalinische, wird im Krieg nicht nur eine antirevolutionäre Blockpolitik betreiben, sondern im Lande selbst die Macht an die herangewachsenen bürgerlichen Elemente überliefern. Im Interesse der Erhaltung der proletarischen Diktatur und des Weltproletariats liegt es, daß es dem revolutionären Volksweltismus gelingt, das Stalinische Regime rechtzeitig zu brechen. Das Welt-

proletariat aber wird mit ganzer Kraft und Leidenschaft dem bedrohten Sowjetstaat beistehen und es wird, wenn es den Krieg nicht verhindern kann, dem alten kommunistischen Schlachtruf folgen: Hände weg von Sowjetrußland! Krieg dem Krieg! Bürgerkrieg gegen Weltkrieg!

P. S. Die von Lenin in seinem „Brief an die amerikanischen Arbeiter“ entwickelten Auffassungen, des „Ausnutzens der Differenzen“ zwischen den imperialistischen Staaten hat nichts gemein mit dem Bucharinschen Opportunismus, der das Proletariat auffordert, „diesem Block zum Siege zu verhelfen“. Wenn Lenin in diesem Brief als extremen Fall die Vereinbarung der nordamerikanischen bürgerlichen Freiheitsbewegung mit Spanien und Frankreich gegen das unterdrückende England anführt, so tut er dies, um zu beweisen, daß „Ausnutzung der Differenzen“ im Prinzip statthaft ist. Liquidatorisch aber wäre, diesen Fall schematisch auf das Zeitalter des Imperialismus anzuwenden. Wenn Lenin in diesem Brief erwähnt, wie er durch den französischen Offizier de Juterfac französische Offiziere für technische Spezialaufgaben gegen den deutschen Imperialismus ausnützte und dann fortfährt: „ich werde keine Sekunde lang schwanken, eine ebensolche ‚Vereinbarung‘ mit den Räubern des deutschen Imperialismus abzuschließen für den Fall, daß der Angriff englisch-französischer Heere gegen Rußland das erfordern wird“, so hatte er vollkommen Recht. Aber es ist ein „kleiner Unterschied“ zwischen dieser „Ausnutzung“ und zwischen einem militärischen Block mit imperialistischen Staaten. Wer nur eine Ahnung von den Gesetzen der Dialektik, von dem Umschlagen der Quantität in die Qualität besitzt, für den ist eben ein prinzipieller Unterschied zwischen einer Anleihe zum Aufbau der sozialistischen Industrie und einem Kriegsblock, der, mit imperialistischen Mächten geschlossen, nur dem Imperialismus nützen kann.

## Ein Arbeitsnachweisleiter, der eine Wanze im Hirn haben muß.

Samstag den 7. Juli kamen zum Bauarbeiterverwalter des Grazer Arbeitslosenamtes sieben arbeitslose Arbeiter, jeder mit einer Zuweisungskarte vom Arbeitslosenamt

### Wolkersdorf bei Wien.

Der Schalterbeamte machte gerade kein geistreiches Gesicht, denn es gibt in Graz genügend arbeitslose Maurer, weshalb er und die Industrielle Bezirkskommission keine Erklärung fanden, warum die sieben Mann von Nieder-Österreich zum Grazer Arbeitslosenamt vermittelt wurden.

Öffentlichlich hatte der Leiter vom Wolkersdorfer Amt in einem Anfall geistiger Verwirrung gehandelt.

Nun trat eine interessante Erscheinung zutage. Die Krankheit des Wolkersdorfer Amtsleiters übertrug sich auf seinen Grazer Amtskollegen, Dr. Kral als derzeitiger Leiter überlegte, ob er den Opfern des

Wolkersdorfer Narren wieder Freifahrtsscheine zurück nach Wolkersdorf geben sollte. Kann es den für ein normales Hirn eine andere Lösung geben, als schlechnigste Ausfolgung der Rückfahrbillets.

Den Gefoppten, die hungrig waren und ohne einen Groschen dastanden, ein Zehrgeld für die Rückfahrt zu geben, fiel der J. B. R. nicht ein. Erst als wir darauf aufmerksam machten, wurde jedem 2 S ausgeteilt.

Präsident Muchitsch von der Arbeiterkammer, dem wir den Vorfall telefonisch bekanntgaben, erklärte, den Wolkersdorfern auch 2 S pro Mann ausfolgen zu lassen. Dem Kammerbeamten Pausch war es aber zu mühevoll, einmal in der Mittagszeit 10 Minuten später wegzugehen. Er wartete das Eintreffen der Arbeitslosen nicht ab. Sie, die zwei Tage schon nichts mehr gegessen hatten und wieder wegfahren mußten, kamen auf diese Weise um die zugesagten 2 Schillinge der Arbeiterkammer.

### Das Urteil im Doneprozeß.

Moskau. Im Doneprozeß wurde festgestellt: Das Bestehen einer konterrevolutionären Organisation ehemaliger russischer Bergwerksbesitzer und ihrer Angestellten, welche systematisch schwere Schädigungen im Bergbau machten und organisierte Arbeiter betrogen und mißhandelten.

11 Angeklagte wurden zum Tode verurteilt, Kabinovitsch und Kusma zu je 3 Jahren, Wafschin und Kalganow zu je 8 Jahren Gefängnis. Sehr glimpflich kamen die deutschen Angeklagten davon. Otto und Meier wurden freigesprochen, Badstieber erhielt ein Jahr Gefängnis mit Bewährungsfrist.

Die rücksichtsloseste Verfassung der konterrevolutionären entspricht dem Rechtsempfinden des Prole-

tariums. Die russischen Arbeiter erheben ihre Stimme daß im Doneprozeß noch viel entschiedener hätte vorgegangen werden müssen.

### An alle Leser des „Wahrrufes“!

In Nummer 31 beginnen wir die Veröffentlichung eines Artikels

### Lenin und Trotzky

Wie die Liquidatoren die Geschichte der Revolution fälschten!

In diesem Artikel veröffentlichten wir entscheidende, bisher in deutscher Sprache nicht erschienene Dokumente aus dem von Stalin unterschlagenen Brief Trozky an das Institut für Parteigeschichte.



# Arbeiterleben.



## Aufreizend!

Einer arbeitslosen Mutter von zwei kleinen Kindern (R. M. Nr. 7674) wurde die Arbeitslosenunterstützung von der Schiedskommission Graz auf 26 Wochen eingestellt, weil sie zu ihrem Mann zog und die Adressänderung nicht bekamgab. Im Falle des gemeinsamen Haushaltes bekommen nämlich arbeitslose Frauen in der 10. Lohnklasse um 3 S weniger. Der Betrag, um den der Staat durch die Nichtmeldung der Adressänderung „geschädigt“ sein soll, beträgt 24 S. Wofel, Meisch und Sieghardt haben den Staat um 167 Milliarden bestohlen, die werden zu keiner 26 wöchentlichen Hungerkur verurteilt.

Wir werden uns in Zukunft bemühen, die sozialdemokratischen „Arbeitervertreter“, die bei solchen hundsgemeinen Beschlusssitzungen anwesend sind, kennen zu lernen, um ihre Namen der Öffentlichkeit mitzuteilen.

## Proletariern gegenüber ist alles erlaubt!

Vor 14 Tagen fand der Kriegsinvalide Josef Moser, als er heimkehrte, seine Wohnung aufgesprengt. Exekutionsorgane waren eingebrochen und hatten die Möbel auf das Exekutionsbetreiben des Rechtsanwaltes Dr. Fritz Hjal verriegelt. Nie würde es ein Exekutionsorgan wagen, in eine Bourgeoiswohnung einzubrechen. Proletariern gegenüber ist aber alles erlaubt. Das mußten auch die Exekutionsbeamten und deshalb schreckten sie vor dem Einbruch nicht zurück.

## So sieht die Altersfürsorge aus!

„50 Jahre habe ich in der Woitsberger Glasfabrik gearbeitet. Nach 40 Arbeitsjahren sind meine Augen schwach geworden. Dafür wurde mir der Lohn auf 12 S pro Woche gekürzt und als aus mir nichts mehr herauszuholen war, wurde ich auf die Straße geworfen. Weil mir der Unternehmer in den letzten Jahren meiner 50jährigen Arbeitszeit nur

12 S in der Woche mehr bezahlte, bekomme ich jetzt nur eine Altersrente von 37 S monatlich. 32 S muß ich Koft zahlen, also bleibt mir kein Geld für Kleider, Wäsche, Seife usw. Nicht einmal ein Paal Tabak kann ich mir kaufen, jetzt als alter Mann, der 50 Jahre geradert hat. Dafür sitzen die, für die ich geschuftet habe, in Villen und Palästen, machen weite Reisen, verbringen jetzt den Sommer am Meer, genießen die Welt, ihre Schönheiten und Schätze. Ich aber muß in meinen alten Tagen hungern!“

Das sagte uns der Arbeiter Franz Spieler.

Jung-Proletarier! Daselbe Los erwartet euch! Kommt zu uns. Bereitet vor den Sturz dieser Gesellschaftsordnung!

## Geld für die 800-Jahrfeier, aber für keine Wohnungen.

Der Arbeiter Alois Dehner wurde samt Frau und drei Kindern vor zwei Wochen auf die Straße geworfen. Er wohnte bei der Hausbesitzerin M. Kienreich, Grizzenweg 34 in Dayerdorf bei Eggenberg. Das bürgerliche Gericht hat die Verlogierung angeordnet. Warum? Die Hausbesitzerin begründete Eigenbedarf, sie brauche den Wohnraum zu Heu-einlagerung. Da sage noch einer, daß das Haus der „Gerechtigkeit“, das Gericht, für die Proletarier da wäre. Auf das Ansuchen der obdachlosen Familie beim Bürgermeister Mutschitsch in Graz wurde ihnen eine Wohnung zugesagt, wenn ??? — eine da ist. Ja, ja, wenn man statt bürgerliche Luxusfeiern abzuhalten, Wohnungen bauen würde, erhielten manche Proletarier ein Obdach. Nur eine starke kommunistische Partei wird diese Zustände beseitigen können.

## Warum

liest dein Arbeitskollege noch nicht den „M a h n r u f“?

## Weil

du ihn noch nicht darauf aufmerksam gemacht hast!

## Proleten, ihr könnt ruhig sein, sie alle treten für euch ein!

Mit diesem Aussprüche wurden die Grazer Gemeindegewerkschaften in einer der letzten Versammlung beglückt. Reformisten und Christlichsoziale rufen darum, wer den Gemeindegewerkschaften am meisten geboten hat. Es war nur der äußerst ungeschickten Versammlungsleitung zu danken, daß die radikalen Phrasen der Reformisten, als auch die heuchlerischen Gebärden des christlichsozialen Gemeinderates Konrad nicht entlarvt wurden.

Man halte sich folgenden Tatbestand vor Augen: Der Vertreter der „unpolitischen“ Gemeindegewerkschaften, Eisner, stellte an die Gemeinde Graz die Forderung nach einer einmaligen Sonderausgabe von 50 S anlässlich der 800-Jahrfeier. Diese Forderung war angesichts der Luxusfeier und deren Kosten durchaus berechtigt.

Vom Sekretär Wagner als Vertreter der freien Gewerkschaften wurde eine Forderung eingereicht, die eine wöchentliche Lohnaufbesserung von 2 S vorsah und bis Ende dieses Jahres 50 S ergeben hätte, außerdem für die Saisonarbeiter 4 S pro Woche. Nach Ablauf der Gemeinderatsferien sollte über allgemeine tarifliche Forderungen verhandelt werden, welche eine Höhe von 18 Proz. beinhalten.

Die wöchentliche Erhöhung von 2 S war also nach den Berichten des Sekr. Wagner als Provisorium bis 1. Jänner 1929 gedacht. In der Debatte erklärte Wagner, sie hätten die höchsten Forderungen für die Gemeindegewerkschaften gestellt, nämlich so hohe, daß nach dem Bericht des sozialdem. Gemeinderates

und Obmannes des Lohnausschusses, Obitschnigg, alle vor Entsetzen auf den Boden gefallen seien. — Wir glauben, das Entsetzen der braven „Stadtväter“ gerne. — Die Forderungen der freien Gewerkschaften, sagte Obitschnigg, erfordern eine Mehrausgabe von 6 Milliarden jährlich und wir müssen die Sozialfürsorge wegen der schlechten Finanzlage der Stadt schon sehr vernachlässigen. (Wohört die 400.000 S für die Oper auch zur sozialen Fürsorge? D. Red.) Beide Sozialdemokraten erklärten, so wie bisher (?) den Gemeindegewerkschaften zu helfen.

Nach den sozialdem. Rednern kam der christlichsoziale Gemeinderat Konrad, mit stürmischen Pfui-Kufen empfangen, zum Worte. — Eisner hatte es für nötig befunden, alle Vertreter der Gemeinderatsfraktionen einzuladen. — Traten die Sozialdemokraten als „radikale“ Kämpfer auf, so heuchelte der christliche Konrad christliches Mitleid und Nächstenliebe. Er führte aus:

„Wir wollen gemeinsam kämpfen (etwa so wie sein Bruder Seipel am 15. Juli in Wien. D. R.) und eine Arbeitsgemeinschaft bilden, wir sind alle arme Teufel, wir fühlen mit euch Gemeindegewerkschaften und haben deshalb für die 50 Schilling als einmalige Ausgabe gestimmt, damit ihr euch ein paar neue Schuhe kaufen könnt. Nicht die „Roten“, sondern wir christlichen Gemeindegewerkschaften sind es, die um euer Wohl ungeheuer besorgt sind, da wir eure Notlage mitfühlen.“

Sowohl die Phrasen der Reformisten, als auch die niederträchtigen Heucheleien eines „Christlichen“ mußten sich die zahlreich anwesenden Gemeindegewerkschaften gefallen lassen, da es die beiden Versammlungsleiter

nicht verstanden, die großen „Nothelfer“ zu entlarven. Durch das einseitige Vorkommen auf die Reformisten und das Streichen der Bürgerlichen durch Eisner attete die Versammlung zum Sandium der Reaktion in eine Kauferei aus.

Was hätte ein klassenbewußter und geschäftshandelnder Prolet in dieser Versammlung sagen müssen? Folgendes:

„Die Christen und die Reformisten kaufen, wer den Gemeindegewerkschaften eine glückliche Zukunft bereiten darf. Nun gut. Die Löhne der Gemeindegewerkschaften bedürfen mindestens einer sofortigen Aufbesserung um 25 Prozent. Die Reformisten sagen 18. Gut! Aber nehmt sie beim Wort, die 18 Prozent zu erkämpfen, und die Pensionen sind ebenfalls unzureichend. Wer ist für eine sofortige Verbesserung der Löhne in diesem Ausmaß, wer für eine Erhöhung der Pensionen auf das Existenzminimum? Wer ist dafür, daß die Mittel dazu, die angelich für Arbeiter niemals vorhanden sind, von den Reichen genommen werden? Wer ist von den Christen und Reformisten dafür, daß die Lohnverhandlungen in Zukunft nicht mehr hinter verschlossenen Türen, sondern öffentlich im Gemeinderat behandelt werden?“

Proleten, Gemeindegewerkschaften, das hätte gewiß. Da wären tatsächlich alle, Christen und Reformisten, auf den Hintern gefallen.

Handelt in Zukunft so und ihr werdet unter euch die richtige Einheit und Führung zustandebringen.

## Was treibt Magerl.

Gegen den Schalterbeamten Magerl des steirischen Arbeitsnachweises Graz ist unter den arbeitslosen Frauen eine auffallend starke Erregung. Auf allen Ecken und Enden kann man die wütendsten Empörungsausbrüche hören. Die Frauen sprechen von grober Behandlung und grenzenloser Protektionwirtschaft. Hüdt die Gewerkschaft der Saß- und Kaffeekauf angestellten nichts davon?

## Die Geduld geht bald zu Ende!

Die Mietervereinigung des 4. Bezirkes berief gegen den fastam bekannten Hauszeiger und Provoakteur Weis, Besitzer des Hauses Wienengasse 28, eine Mieterversammlung ein, um gegen dessen Gemeinheits Stellung zu nehmen. Auf die Aufforderung des Vertreters der Mietervereinigung die Beschwerden vorzubringen, meldete sich unter anderen auch Gen. Wagner zu Wort. Eingehend schilderte dieser die seit Jahren andauernden Schikanen und Provokationen dieses „christlichen“ Hausherrn gegen die Mietparteien, die derart ins Ungeheuerliche steigen, daß man zur Ansicht gelangen muß, entweder einen Narren vor sich zu haben oder einen übriggebliebenen Jollerknuch aus dem 14. Jahrhundert. Gen. Wagner schlug den Anwesenden verschiedene Maßnahmen vor, die notwendig sind, um sich vor dieser Hausherrnbesitz zu befreien. Auf Grund des vorliegenden Materials sei ein Abschub des Weis nach Feldhof genügend begründet. Sollten die kompetenten Behörden als Freunde des Hausherrn diesen Schritt nicht unternehmen, so müßten die Mieter zur Selbsthilfe greifen, um diese ausländische Hausbesitzerwange vom Leibe zu bringen. Durch öffentliche Demonstrationen der Mieter dieses Bezirkes müßte dessen Abzug erzwungen werden, wie das bereits in Eggenberg der Fall war, denn die Geduld der Mieter ist bald zu Ende.

Allgemeine Zustimmung bekundeten die Anwesenden für die Vorschläge.

Der Vertreter der Mietervereinigung Draxl erklärte darauf, man solle den Weis ignorieren und im übrigen bei allen Fällen das Recht bei den Gerichten suchen. Demonstrationen, meinte Draxl, sind nicht immer gut, denn da könnte wieder ein 15. Juli entstehen. Diese Dremstaktik konnten die Mietparteien angesichts der niederträchtigen Handlungen seitens des Weis nicht verstehen. Gen. Wagner warnte deshalb die Mieter, die Hoffnungen auf die bürgerlichen Ge-

richte zu setzen, da ja dieselben nur Werkzeuge der Kapitalisten sind, was er mit Beispielen bewies. Der erneute Versuch brachte den Beweis, daß die anwesenden Mieter erkannten, welche Mittel und Wege sie einschlagen müssen, um sich vor den raubrittermäßigen Angriffen der Hausierer zu schützen und zu befreien.

### Nichts gelernt!

Die „rote Fahne“ schrieb über die am 27. v. in den Sternsälen abgehaltene Antifaschistenversammlung: „Die Arbeiterschaft von Graz hat bewiesen, daß sie gewillt ist, den Kampf gegen den Faschismus aufzunehmen.“ Wir antworten darauf: Eine Versammlung von circa 200 Mann ist noch lange nicht die Grazer „Arbeiterschaft“, die gegen 40.000 zählt, und die Anwesenheit von 200 Personen ist noch nicht der geringste Beweis, daß die „Arbeiterschaft“ von Graz kampfbereit ist. Wer so spricht wie die „rote Fahne“, ist ein Maulkneifer und kein Kommunist. Wir sagen: Die Arbeiter sehen noch nicht die Gefahr des Faschismus, es fehlt bei ihr noch sehr viel zur aktiven Kampfbereitschaft gegenüber den Totengräbern des Proletariats. Deshalb müssen wir alle Kräfte anspornen, damit wir im Sinne unseres Auftrages die proletarischen Vertrauensmänner von der Notwendigkeit einer gemeinsamen überparteilichen Abwehr gegen den Faschismus überzeugen.

### Glückliche Reise.

Der ehemalige oppositionelle Kommunist Josef Frey, der vorübergehend den Kampf der linken Kommunisten gegen den Stalinismus und den Opportunismus der Zentrale der R. P. O. unterstützte, sich vor einigen Monaten aber von uns Linken wegen unserer Auffassungen in der russischen Frage abspaltete, hat in den letzten Wochen mehrere Versuche bei der Zentrale der R. P. O. unternommen, um seine Wiederaufnahme unter stillschweigendem Verzicht auf seine Auffassungen zu erreichen. Bisher hatte er jedoch mit seiner Anbiederung keinen Erfolg, obgleich sich auf seine Bitte der Z. R. Mann Hausla aus Fischamend für ihn verwendete. In der Zentrale sind einige der Auffassung, daß Frey nur aufgenommen werden kann, wenn ihn die tschechische R. P. übernehme, da in Österreich der Widerstand der Parteimitgliedschaft gegen ihn, wegen seiner wiederholten Gefinnungsänderungen, zu groß ist. Wie das Feilschen und Handeln enden wird, ob aufgenommen oder nicht, wir wünschen Frey glückliche Reise zu seinen weiteren Abenteuern.

### Beitritte

zur kommunistischen Partei (Opposition) sind im Parteibüro, Graz, Elisabethergasse 20, anzumelden.

### Der Halsabschneider.

Geschichte eines alten Bergmannes.  
Von Paul Körner.

Er hatte zwar noch niemanden den Hals abgeschnitten, jedoch hat er bei jeder Gelegenheit von Halsabschneidern gesprochen. Das hatte folgenden Grund:

Zweihundzwanzig Jahre war er auf der Grube tätig. Bald hatte er unter Tage in der Kohle, bald wühlte er beim Abraum am Rieß. Verschiedene Male ist er dann auch verunglückt. Aber er kam immer mit dem „blauen Auge“ davon. Sein Körper sah aus wie eine Landkarte. Schwarze Striche und Punkte bedeckten die Glieder. Bei jeder kleinen Verwundung legte sich nämlich der Kohlenstaub darin fest, heilt sich allzu und hinterläßt diese Striche und Punkte. Sie sind die ewigen unauslöschlichen Schandmale der Bergarbeiter.

Dann hat es ihn einmal richtig getroffen. Bei einer Explosion spritzte ihm ein Stück Gestein den Schädel. Von der Zeit an hatte er, wie seine Kollegen

### Aus der Internationale.

#### Rußland.

Im Gegensatz zu der sogenannten Leningrader Linken (Sofarow), die Stalin ihre Unterwerfung anbietet, erklärt die Trotskygruppe ihren Kampf für den unerschütterlichen Bolschewismus weiterzuführen. Die Trotsky-Gruppe wird an den VI. Weltkongress mit einer Deklaration herantreten, in der sie die Einheit der russischen Partei und der Internationale auf dem Boden Leninismus fordern wird.

#### Frankreich.

Unsere französischen Genossen (die Gruppe „gegen den Strom“) haben für den 14. und 15. Juli eine Konferenz nach Paris einberufen, auf der die Möglichkeit gemeinsamer Arbeit der verschiedenen oppositionellen Gruppen erörtert werden soll. Mehrere Gruppen, darunter die Gruppe der Genossen Treint und Barré, haben ihr Erscheinen zugesagt.

#### Deutschland.

Der „Leninbund“ hat an den VI. Weltkongress einen offenen Brief gerichtet, in dem er seine Bereitschaft zur Vereinigung mit der R. P. D. unter Aufrechterhaltung seiner Auffassungen erklärt und es kategorisch ablehnt, von der russischen Opposition abzurücken.

#### Belgien.

Die von Genossen van Doerstraten geführte, aus der R. P. B. ausgeschlossene Opposition gibt eine Wochenzeitschrift „Der Kommunist“ heraus. Die Opposition besitzt in Brüssel und mehreren Industriestädten die Mehrheit der Partei.

### Verschiedenes

Zur Unterstützung der seit fünf Wochen ausgesperrten Magnetarbeiter von Weitsch, haben die Arbeiter der Umgebungsgemeinden sowie die Landesleitung der Kinderfreunde beschlossen, die Kinder der Ausgesperrten in unentgeltliche Verpflegung zu nehmen.

Die Arbeitslosenziffer. In Steiermark stehen mit 30. Juni 16.897 im Bezug der Unterstützung. Davon entfallen auf Graz 7302. Insgesamt sind 20.712 Personen als arbeitslos vorgemerkt.

Ein Massenmörder weniger. In Sofia wurde um Mitternacht General Protogerow von politischen Gegnern erschossen. Der General tat sich unter Jankoffs Blutregime als Arbeitermörder besonders hervor. Die Ermordung des Bauernführers Paniza in Wien war auch sein Werk.

sagen — „einen Knack im Kopf“. Bei der geringsten Aufregung drohte er mit dem Halsabschneiden. Deshalb bekam er den Namen „der Halsabschneider“.

Er wurde entlassen auf der Zeche und saß bei Sommertagen auf einem Stein vor seiner Hütte. Als und zu kam ein lichter Moment in seine verwirrten Gedanken. Dann plauderte er nicht selten voller Haß vom Jammerleben der Bergarbeiter. „Die Bergarbeiter“ — erzählte er — sind schlimmer dran wie die Maulwürfe. Die Maulwürfe sind dazu geboren, in der Erde zu leben. Sie haben ihre Nahrung darin. Die Bergleute aber werden gezwungen, in die Erde zu gehen zu harter Arbeit. Sie haben nicht genügend Nahrung. Bergleute holen die Kohle ans Tageslicht. Blut und Schweiß müssen sie opfern. Hungern müssen sie. Ruhe haben sie nicht. Bis die Knochen morsch sind müssen sie schuften. Nachher heißt es, kriech ins Grab. Dann kann man verrechnen, wie die blinden Grubenferde.

Die Direktoren haben eine feine Villa. Die Aktionäre lauern nur, immer auf die Dividenden. Sie arbeiten nicht und sind gesund wie der Fisch im Wasser. Sie stellen Aufpasser an, die uns antreiben,

Schiffkatastrophe. Ein Armeetransportschiff ist in der Bucht von Arauco (Südamerika) mit 300 Personen versunken. Das Schiff verlor in einem heftigen Sturm das Steuer und fuhr auf Klippen auf. Nur vier Mann wurden gerettet. Die Mehrzahl der Passagiere waren Arbeiter.

Schwefel. Der „Arbeiterwille“ vom 9. schreibt: „Der Schutzbund gerüstet zur Abwehr“. Solange nur die Heimwehr bewaffnet ist und der Schutzbund nur mit Stabeln herumergerüstet, sind solche Erklärungen leere Schaumschläge.

Flinschlachtung von Gefangenen. In einem rumänischen Gefängnis versuchten zehn zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilte Gefangene durch eine Öffnung, die sie in die Mauer gestoßen hatten, zu entfliehen. Die Gefängniswache, die sie dabei überwachete, tötete neun von ihnen und nur einem Ausbrecher gelang es, in den benachbarten Wald zu entkommen.

Statt Hoheise ins Meer gespien. Bei der Flottenparade in Le Havre, Frankreich, demonstrierten die Matrosen des Torpedobootes Cyclone gegen die imperialistischen Kriegsschiffungen, indem sie bei Erscheinen des Marineflabes ins Meer spien.

Der neugewählte Justizminister gehört zu den Führern der oberösterreichischen Heimwehr. Zum Schein legte er dort seine Funktionen nieder.

Die Bremenflieger kommen nicht nach Graz. Die Arbeiter werden das Ausbleiben der Monarchisten nicht betrauern.

Entlassene Positionen. Bei den Funktionärenwahlen im schottischen Bergarbeiterverband wurden die Reformisten zurückgedrängt. Zum Vorsitzenden und Sekretär des Verbandes wurden Kommunisten gewählt.

Der rote Hahn. Am 5. Juli brannte die Mühle des Heimwehrförderers Dengg in Köflach nieder.

### Parteinachrichten

### Mitglieder-Versammlung

Donnerstag, 19. Juli, halb 8 Uhr abends im Hotel „3 Raben“.  
Tagordnung:  
Die Lage des „Arbeiteres“.  
Referent: Gen. Bfuechli.

Gemeinliche Zusammenkunft der „roten Ruffreunde“ am Samstag, den 21., 7 Uhr abends, im Gögarten, Elisabethergasse 20. Alle Parteimitglieder, Sympathisierende und Abwesende sind dazu geladen.

und dafür Weitschengeld bekommen. Wie oft haben wir gestreikt wegen ein paar Pfennig Lohn. Aber die „Herrschaften“ haben ein Herz, daß man nicht mit der Spitzhacke hindurchkäme — so hart. Und wenn wir keine Kohle fördern, geht auch ihr Licht aus. Wenn die Bergleute nicht arbeiten, wird auch ihr Ofen kalt. Alle Maschinen stehen still, wenn nicht die Bergarbeiter die Kohle über Tag bringen. Und dabei stehen sie uns das Fell über die Ohren, und hängen es sich um, Die Halsabschneider!“

Hatte sich der Alte auf diese Art in Wut gerebet, dann setzte gewöhnlich die Gedankenmaschine wieder aus und er fiel erregt: „Da nützt nichts. Man muß ihnen allen den Hals abschneiden. Dem Direktor, den Inspektoren, den Aktionären, den Antretreibern . . . Was wollen die alle. Auf der Grube braucht es nur Bergleute zu geben!“

In solchen Situationen gingen die Zuhörer meist weg von ihm und meinten: „Wir müssen ihn nur recht verstehen, unseren Verrückten, müssen zusammenhalten und kämpfen, um den Kapitalismus das Lebenslicht auszublösen.“